



Was die Bündner Politikkräfte zur Monsterdebatte sagen

Der Nationalrat überlässt in Öffnungsfragen dem Bundesrat das Zepter und baut die Härtefallhilfen aus. Die Gefühlslage bei den Bündner Parlamentariern ist nach dem Debattenmarathon konträr.

von Patrick Kuoni

Erst um 00.40 Uhr in der Nacht auf Dienstag endete die Sitzung des Nationalrates. Der Grund dafür: Über neun Stunden debattierte die grosse Kammer über das Covid-19-Gesetz. Die Diskussion zog sich unter anderem wegen zahlreicher vorgeschlagener Änderungen aus der Mitte des Rates sowie Anpassungen, die der Ständerat vergangene Woche vorgeschlagen hatte, in die Länge (Ausgabe vom Dienstag).

Nur Martullo für fixe Öffnung

Für das grösste Aufsehen hatte im Vorfeld gesorgt, dass eine knappe Mehrheit der Wirtschaftskommission ein fixes Öffnungsdatum etwa von Restaurants oder Sport- und Freizeiteinrichtungen ins Gesetz schreiben wollte. Doch anders als in der vorberatenden Kommission fand der Vorschlag im Rat keine Mehrheit: Mit 69:121 Stimmen bei vier Enthaltungen wurde er letztlich abgelehnt. Ähnlich deutlich wurde auch ein zwingendes Öffnungsdatum für Kultur-, Freizeit- und Unterhaltungsbetriebe verworfen. Einzig die SVP sowie einige Kräfte der FDP und der Mitte stimmten der Idee schliesslich zu.

Auch bei den Bündner Parlamentarierinnen und Parlamentariern stiess der Vorschlag auf wenig Gegenliebe. Nur Magdalena Martullo-Blocher votierte dafür.

Dagegen stimmte etwa auch Anna Giacometti (FDP), die vergangene Woche die Forderung nach stärkeren Lockerungen mittels einer Erklärung noch mitgetragen hatte. Sie hatte aber bereits damals festgehalten, dass sie die Festlegung eines fixen Datums für die Öffnung ablehne, «da wir nicht wissen, wie sich die epidemiologische Lage entwickelt».

Keine Chance hatte auch ein Antrag von Martullo-Blocher. Ihre Forderung: Massnahmen, die ein Berufs- oder Betriebsverbot zur Folge hätten, sollten die Zustimmung der zuständigen Kommission benötigen. Der Antrag unterlag mit 53:141 Stimmen bei einer

Nach dem 1. März gegründete Unternehmen sollen bei Härtefallgeldern anspruchsberechtigt sein.

Enthaltung. Auch die restlichen vier Bündner Nationalrätinnen und Nationalräte befanden sich im Nein-Lager.

Erfolg für Martin Schmid

Zuspruch fand hingegen ein in der kleinen Kammer eingereicherter Antrag des Bündner FDP-Ständerates

Martin Schmid. Er verlangt, dass Kantone, die eine stabile oder rückläufige epidemiologische Lage aufweisen und eine Teststrategie oder andere geeignete Massnahmen anwenden, Lockerungen vornehmen dürfen. Dieser Antrag kam mit 105:86 Stimmen bei drei Enthaltungen durch. Ja stimmten unter anderem auch Martin Candinas (CVP) und Giacometti. Nein sagten Sandra Locher Benguerel und Jon Pult (beide SP), Martullo-Blocher war bei dieser Abstimmung abwesend.

Lockerungen bei Härtefällen

Daneben hat sich der Nationalrat für zahlreiche Erleichterungen bei den Härtefallhilfen ausgesprochen. Er will etwa, dass Unternehmen bereits ab Umsatzeinbussen von 25 Prozent anspruchsberechtigt sind. Ausserdem sollen auch nach dem 1. März gegründete Unternehmen anspruchsberechtigt sein. Diese Forderung hatten unter anderen auch die Bündner Wirtschaft und Volkswirtschaftsdirektor Marcus Caduff gestellt.

Der Ball liegt nun erneut beim Ständerat. Das letzte Wort ist in einigen Punkten also noch nicht gesprochen. Fest steht aber etwa, dass die Öffnung bestimmter Betriebe nicht mit fixem Termin im Gesetz verankert wird. Beide Räte haben sich bereits dagegen ausgesprochen.



Anna Giacometti, FDP



«Die Covid-Debatte im Nationalrat wurde aus meiner Sicht unnötig in die Länge gezogen. Nebst den bereits vielen Minderheits- und Einzelanträgen wurden noch etliche Fragen gestellt, welche den Nationalrat bis Mitternacht beschäftigt haben. Ob alle Nationalrätinnen und Nationalräte nach der stundenlangen Debatte noch einen klaren Kopf bewahren konnten, wage ich ehrlich gesagt zu bezweifeln. Den Diktaturvorwurf der SVP an den Bundesrat finde ich sehr populistisch und wenig lösungsorientiert. Obwohl ich am 3. März 2020 die Erklärung des Nationalrates für raschere Lockerungen unterstützt habe, war ich schon immer dagegen, ein festes Datum für die Wiedereröffnung der noch geschlossenen Betriebe im Covid-19-Gesetz zu verankern. Man kann eine Pandemie (leider) nicht per Knopfdruck oder mit einem Gesetz beenden. Viele Entscheide des Nationalrates zu den Grundsätzen und den künftigen Strategien an die Adresse des Bundesrates begrüsse ich sehr. Trotzdem sind wir erst am Anfang der Beratung, und bis zur Schlussabstimmung wird es noch einige Anpassungen brauchen.»

Sandra Locher Benguerel, SP



«Ich bin erfreut über die Beschlüsse des Nationalrats in der Marathondebatte zum Covid-19-Gesetz. Es ist besonders wichtig, dass sich der Nationalrat für zahlreiche dringend notwendige Verbesserungen bei den Entschädigungen für Betroffene ausgesprochen hat. Beispielsweise wurden die Gelder für die Härtefallunterstützung fast verdoppelt und die Schwelle für den Bezug von Entschädigungen massiv gesenkt. Sehr erfreut bin ich darüber, dass der Antrag für die Ausdehnung der Sonntagsverkäufe abgelehnt wurde. Erfreulich sind auch die Beschlüsse für den Kulturbereich, sie ermöglichen vielen Kulturschaffenden eine umfassendere Unterstützung, insbesondere für Freischaffende, davon profitieren auch viele Bündner Kulturschaffende. Bei der Debatte bewahrte der Nationalrat das vernünftige Mass für die Gesetzgebungs- und Entscheidungskompetenzen, wie es die derzeitige Krise erfordert. Deshalb finde ich es richtig, dass Vorschläge für die Festschreibung von Öffnungsdaten im Gesetz chancenlos waren. Ich bedaure, dass es im Gesetz nicht gelungen ist, eine Koordination einzuführen, damit die grossen kantonalen Unterschiede bei den Finanzhilfen abgebaut werden können.»

Jon Pult, SP



«Trotz des gefährlichen Kesseltreibens der SVP und des unsäglichen Diktaturvorwurfs von Magdalena Martullo-Blocher hat der Nationalrat Vernunft walten lassen. Der Bundesrat bleibt für die Pandemiebekämpfung zuständig, so wie es das Volk entschieden hat. Maulkörbe für die freie Wissenschaft und andere Dummheiten wurden verhindert. Immer noch ungenügend ist hingegen die Wirtschaftshilfe für betroffene Betriebe und Personen – die selbst ernannten Wirtschaftsparteien lassen einmal mehr viele KMU im Regen stehen.»

Magdalena Martullo-Blocher, SVP



«Meine Anträge zur Finanzierung der Tests und zur bevorzugten Öffnung von Kantonen wie Graubünden, die bessere Zahlen und Testkonzepte haben, sind durchgekommen. Obwohl die Mehrheit des Nationalrats eine schnellere Öffnung möchte, wollten die anderen Parteien weder selber entscheiden noch Öffnungen, auch nicht von Aussenbereichen, ins Gesetz schreiben. Wenigstens sollen nun 'Büezer' bald nicht nur zum Mittagessen, sondern auch zum Znüni in die Beiz gehen können. Es wurden massive zusätzliche Ausgaben von nochmals neun Milliarden Franken genehmigt, was bei den meisten Kantonen gleich eine Steuererhöhung auslösen würde. Diese enormen Ausgaben müssen wir nun wieder reduzieren.»

Martin Candinas, CVP



«Der Nationalrat hat mit seinen Entscheidungen zum Covid-19-Gesetz die Gewaltenteilung zwischen Bundesrat und Parlament im Covid-19-Gesetz respektiert. Fixe Daten für die nächsten Öffnungsschritte ins Gesetz zu schreiben, geht nicht. Das Parlament hat aber dem Bundesrat einen klaren Auftrag erteilt, seine Strategie auf 'die mildest- und kürzestmögliche Einschränkung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens' auszurichten. Dazu kommt die Erklärung des Nationalrats von letzter Woche. Die Senkung der Schwelle betreffend Umsatzeinbusse von mindestens 40 auf 25 Prozent, damit ein Unternehmen als Härtefall gilt, ist gerade für unsere Tourismusbranche sehr wichtig. Viele Unternehmen und Selbstständigerwerbende leiden enorm unter den geltenden Einschränkungen. Dasselbe gilt auch im Veranstaltungsbereich. Da mussten weitere finanzielle Massnahmen beschlossen werden. Für Graubünden zentral ist es, dass der Bundesrat Kantonen, welche eine stabile oder rückläufige epidemiologische Lage aufweisen und eine Covid-19-Teststrategie oder andere geeignete Massnahmen zur Bewältigung der Pandemie anwenden, Erleichterungen gewähren muss.»